

## AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

Zl. Verf-55/5/1986

**Betreff:** Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Überlassung von Arbeitskräften geregelt sowie das Arbeitsmarktförderungsgesetz und Arbeitsverfassungsgesetz geändert wird

**Bezug:** (Arbeitskraftüberlassungsgesetz - AÜG); Stellungnahme;

Auskünfte: Dr. GUTLEB

Telefon: 0 42 22 - 536

Durchwahl 30205

Bitte Eingaben ausschließlich an die Behörde richten und die Geschäftszahl anführen.

An das

Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Amtes der Kärntner Landesregierung zum Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem die Überlassung von Arbeitskräften geregelt sowie das Arbeitsmarktförderungsgesetz und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert wird (Arbeitskräfteüberlassungsgesetz - AÜG) übermittelt.

Klagenfurt, 1986-02-20

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.

Klausl

**AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG****Zl. Verf-55/5/1986****Auskünfte:** Dr GUTLEB**Betreff:**

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die  
Überlassung von Arbeitskräften geregelt so-  
wie das Arbeitsmarktförderungsgesetz und Arbeits-

**Bezug:** verfassungsgesetz geändert wird; (Arbeits-  
kraftüberlassungsgesetz - AÜG); Stellungnahme;

**Telefon:** 0 42 22 - 536**Durchwahl:** 30205

**Bitte Eingaben ausschließlich  
an die Behörde richten und die  
Geschäftszahl anführen.**

An das

**Bundesministerium für soziale Verwaltung**

Stubenring Nr.1  
1010 W i e n

Zu dem mit Schreiben vom 15.12.1985, Zl. 34.401/5-2/85 über-  
mittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Überlassung  
von Arbeitskräften geregelt sowie das Arbeitsmarktförderungsgesetz  
und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert wird (Arbeitskräfteüber-  
lassungsgesetz - AÜG), wird seitens des Amtes der Kärntner Landes-  
regierung folgende Stellungnahme abgegeben:

Grundsätzlich besteht gegen den Entwurf eines Bundesgesetzes mit  
dem die Überlassung von Arbeitskräften geregelt, sowie das Arbeitsmarkt-  
förderungsgesetz und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert wird  
(Arbeitskräfteüberlassungsgesetz - AÜG) kein Einwand.

Durch den Gesetzentwurf treten allerdings finanzielle Mehrbelastungen  
des Landes ein. Den Bezirkshauptmannschaften fällt nach dem Gesetzentwurf  
als neue Aufgabe die Erlassung von Untersagungsbescheiden nach § 17  
AÜG zu. Auch die Funktion der Bezirkshauptmannschaft als Strafbehörde  
(§ 22 AÜG) führt gegenüber dem bisherigen Rechtszustand zu einer Auswei-  
tung. Dieser das Land belastende Verwaltungsaufwand bleibt bei den zu  
erwartenden Kosten des Entwurfes unberücksichtigt. Dagegen wird in den

- 2 -

Erläuterungen auf den für die Bundesdienststellen zu erwartenden  
Personalmehrbedarf hingewiesen.

Klagenfurt, 1986-02-20

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.

*Kloster*